

Faktencheck: Übergriffe auf Geflüchtete

„Aktion Schutzschild“

Für Sicherheit, Anerkennung und Inklusion von Geflüchteten und Asylsuchenden in regionale(n) Räume(n)

Das Projekt Aktion Schutzschild der Amadeu Antonio Stiftung entstand als Folge des erhöhten Schutzbedürfnisses von Geflüchteten, die nach Deutschland kommen. Die steigenden Flüchtlingszahlen stellen Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen: In großen Teilen der Bevölkerung finden sich rassistische Ressentiments und Vorbehalte gegen die Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete. Wie auch in den 1990er Jahren greifen organisierte Rechtsextreme und Rechtspopulisten diese Stimmung auf und schüren den Hass auf Geflüchtete weiter. Dass diese Hetze in reale Gewalt umschlägt, zeigt die Chronik flüchtlingsfeindlicher Gewalt der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL: Für das Jahr 2015 wurden 1239 flüchtlingsfeindliche Vorfälle gezählt (die Dunkelziffer liegt noch um ein Vielfaches höher). Damit hat sich die Anzahl der Angriffe im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Gleichzeitig musste ein starker Anstieg rassistischer Übergriffe auf People of Color¹ verzeichnet werden, der die Zunahme allgemeiner rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft deutlich macht.

In Anbetracht der bestehenden Bedrohungslage und prekären Situation, der geflüchtete Menschen durch (Alltags-)Rassismus, rechte Hetze, Missachtung vieler ihrer grundlegenden (Menschen-)Rechte und Gewalt vielfach ausgesetzt sind, möchte „Aktion Schutzschild“ dazu beitragen, dass Geflüchtete und Asylsuchende langfristig und sicher als aktiver Teil von Zivilgesellschaft hier in Deutschland – sei es in Gemeinden und Kommunen im ländlichen Raum ebenso wie in urbanen Ballungszentren – leben können. Der Schwerpunkt von „Aktion Schutzschild“ liegt dabei auf ländlichen Räumen.

Die Amadeu Antonio Stiftung möchte an Erfahrungen und erfolgreiche Arbeit zur Mobilisierung und Vernetzung von Zivilgesellschaft insbesondere im ländlichen Raum anknüpfen, mit dem Ziel rassistischer Hetze das aktive Gestalten einer inklusiven Kommune entgegenzusetzen. Doch wie kann eine solche Kommune aussehen und was ist im Vorfeld der Errichtung von Unterkünften für Geflüchtete zu beachten? Wie können die unterschiedliche Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft mobilisiert und eingebunden werden? Wie ist es möglich einer organisierten rechten Szene den Wind aus den Segeln zu nehmen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich das Projekt „Aktion Schutzschild“.

¹ „People of Color“ ist eine selbstbestimmte Bezeichnung von und für Menschen, die negativ von Rassismus betroffen sind. Das Konzept „People of Color“ setzt erstmals voraus, dass Menschen, die nicht weiß sind, über einen gemeinsamen Erfahrungshorizont in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft verfügen und rassistischen Zuschreibungen im Alltag ausgesetzt sind. In den letzten Jahren haben verschiedene Initiativen rassistisch ausgegrenzter Menschen begonnen, sich selbst mit diesem Begriff zu benennen um eine Alternative zu den im deutschen Diskurs benutzten Fremdzuschreibungen wie Migrant_innen zu schaffen und auf die permanente Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft zu reagieren.

Um die Vision einer inklusiven Kommune zu verwirklichen, macht Aktion Schutzschild es sich zur Aufgabe Selbstorganisationen von Migrant_innen und Geflüchteten zu stärken und deren Perspektive in den Diskurs einzuspeisen. Eine größere Sichtbarkeit der alltäglichen Lebenssituationen und Bedarfe von Geflüchteten und der von Rassismus negativ betroffenen Minderheiten ist unverzichtbar, um Verantwortungstragende und Willkommensinitiativen in Gemeinden und Kommunen in ihrem politischen und sozialen Handeln zu beraten und zu unterstützen. Ziel von Aktion Schutzschild ist es, Organisationen von Geflüchteten und Migrant_innen als Akteure mit ihrer vorhandenen Expertise sichtbar(er) zu machen, sie zu stärken und mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu vernetzen. Ohne die Einbeziehung dieser Perspektiven ist gleichberechtigte Teilhabe nicht möglich.

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge:

Die Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte nehmen aktuell stark zu. Allein im Monat Januar 2016 zählte die Chronik flüchtlingsfeindlicher Übergriffe 290 Vorfälle. Das sind in einem Monat nahezu ebenso viele Übergriffe wie für das gesamte Jahr 2014 erfasst wurden (302). Zählte die Bundesregierung 2012 24 Übergriffe, liegt die Zahl für 2015 bei 1029 Übergriffen. Die Zahlen der Amadeu Antonio Stiftung und von PRO ASYL liegen mit 1239 gezählten Übergriffen für das Jahr 2015 noch darüber. Laut dieser Zahlen gab es 1055 Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte (bewohnt oder in Planung), wobei sich allein die Brandanschläge auf 137 belaufen. Stein- und Böllerwürfe, Schüsse und Vandalismus belaufen sich auf 918 Übergriffe. Hinzu kommen 184 körperliche Angriffe mit insgesamt 288 Verletzten

An unserer Chronik „Rechte Hetze gegen Geflüchtete - Eine Chronik der Gewalt“ lässt sich ablesen, dass Geflüchtete häufig im öffentlichen Raum attackiert werden. Konkret im Öffentlichen Nahverkehr, an Bushaltestellen und auf offener Straße. Also häufig in einem Bereich, der stark frequentiert ist. Hier zeigt sich, wie wichtig, aber auch ausbaufähig Zivilcourage ist, um rassistische Gewalt einzudämmen.

Wie wir es aus unserer Arbeit aus den Bereichen Antisemitismus kennen, spielt auch bei Rassismus die allgemeine gesellschaftliche Positionierung eine Rolle, inwieweit es zu Angriffen kommt. Eine öffentlich stark wahrnehmbare Hetze gegen Geflüchtete bedingt Übergriffe. Nazis, wie rassistische Nachbar_innen fühlen sich durch öffentliche Hetze und Alltagsrassismus ermutigt, gewaltvolle, rassistische Sprache in Taten umzusetzen. Daher ist neben Zivilcourage bei Übergriffssituationen auch ein Entgegenreten gegen Hetze und Rassismus im Alltag immer ein wichtiges Mittel, Angriffe zu erschweren.

Nach den Gewaltausbrüchen in Schneeberg, Tröglitz, Freital, Heidenau oder Köln, um nur einige zu nennen, erleben wir in der Gewalt gegen Geflüchtete eine Art Dambruch. Besonders bedenklich ist die Zunahme von Brandanschlägen und Körperverletzungen. Sprengstoffanschläge auf bewohnte Unterkünfte sind ebenfalls keine Seltenheit.

Rassistische Stimmungen führen nicht nur zu erhöhten Gewalttaten, hierdurch bilden sich vielerorts auch Angstzonen. In vielen Städten trauen Geflüchtete sich kaum aus ihren Unterkünften, und wenn, nur in größeren Gruppen. Insbesondere im ländlichen Raum stellen Rechtsextremist_innen, die Dörfer und Landstriche dominieren, eine große Bedrohung für Geflüchtete dar. Deshalb warnen Flüchtlingsinitiativen davor, in bestimmten

rechtsdominierten Regionen, Geflüchtete dezentral umzuverteilen, da die Sicherheit der Menschen dort noch weniger gewährleistet werden kann, als in Sammelunterkünften. Ein Verbleiben in Sammelunterkünften aufgrund dieser Gefahrenlage stellt jedoch nicht mal im Ansatz eine Lösung für dieses Problem dar.

Zu dem sich selbst verstärkenden Hass vieler Akteure der organisierten Rechtsextremen kommt eine Radikalisierung der Mitte der Gesellschaft hinzu. Der Stimmanteil der AfD spricht eine deutliche Sprache und es überrascht kaum, dass die NPD in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz dazu aufgerufen hat, die AfD zu wählen.

Auch die defensive Haltung politischer Entscheidungsträger_innen sowie die Verharmlosung und mangelnde Strafverfolgung gegenüber Angriffen auf Geflüchtete seitens der Exekutive tragen dazu bei, die Ausmaße der Gewalt zu verwischen. Viele Übergriffe schaffen es nicht in die Statistik der Bundesregierung, weil sie von Seiten der Polizei nicht öffentlich werden. Selten werden Brandanschläge als versuchter Mord verfolgt, auch wird das Tatmotiv „Rassismus“ bei eindeutigen Übergriffen wie einem Sprengstoffanschlag von der Polizei ignoriert.

Wir müssen somit fortwährend dafür Sorge tragen, das Bewusstsein der einzelnen Bürger_innen und der öffentlichen Wahrnehmung für die Anerkennung des Ausmaßes der Gewalt zu öffnen. Daher ist eine der Forderungen der Amadeu Antonio Stiftung den Opfern rassistischer Gewalt ein Bleiberecht zu gewähren.

Unsere Erfahrungen im Projekt „Aktion Schutzschild“ zeigen, dass dort, wo Politik und Zivilgesellschaft aktiv an einer inklusiven Kommune arbeiten, es zu viel weniger Angriffen kommt im Vergleich zu Orten, wo Politik und Zivilgesellschaft nicht so eindeutig Partei ergreifen. Eine Willkommenskultur, die ihren Namen verdient, ist somit eine der wichtigsten Faktoren zur Verhinderung von rassistischer Gewalt.